

100/II/2018

Beschluss

Fachkräftemangel jetzt entgegenwirken – medizinische Versorgung absichern

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Bundesratsinitiative stark zu machen, die die Einbeziehung der Hebammen in das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz (PpSG) fordert.

Weiterhin wird die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, sich im Westen Brandenburgs für eine zusätzliche Hebammenschule einzusetzen, um niemanden die Möglichkeit zu dieser Ausbildung mangels verfügbaren Plätzen verwehren zu müssen. Kinderkrankenpfleger und Kinderkrankenschwestern, die sich zur Hebamme oder zum Geburtshelfer umschulen lassen wollen, sollten vom Land eine finanzielle Unterstützung zum Ausgleich des Verdienstauffalls während der Ausbildungszeit erhalten. Die SPD Brandenburg wird sich geschlossen an die Seite der medizinischen Fachkräfte stellen und unterstützende Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie erarbeiten. Zu diesem Zweck sollen Kindertageseinrichtungen direkt an den Kliniken oder Pflegezentren eingerichtet werden, die ein zeitlich umfassendes Betreuungsangebot vor allem für im Schichtdienst Beschäftigte gewährleisten. Dafür muss das Land Brandenburg den Bau solcher Einrichtungen im besonderen Maße finanziell unterstützen und fördern.